eigentlich schon seit Jahr und Tag in der Luft liegt, und der ebenso sehr von hervorragenden Fachmännern aus Amerika wie von leitenden Wirtschaftspersönlichkeiten in Deutschland vertreten worden ist.

Wenn es dazu kommt, daß dieser einzig erfolgversprechende Weg in Cannes endlich beschritten wird, so würde damit eigentlich nur etwas Selbstverständliches geschehen; so lange wenigstens, wie man es als unnatürlich bezeichnen kann, daß große Völker mit sehenden Augen ihrem Untergang entgegenwandeln. Aber Haß und Verblendung sind immer noch gar zu mächtige Faktoren im Volksleben; die Franzosen insbesondere können sich noch immer nicht dazu entschließen, die Dinge so zu sehen wie sie sind. Herr Briand wird also bei aller Bereitwilligkeit, in Cannes zu tun, was die Vernunft gebietet, doch die Furcht nicht los werden, daß er von einem Dolchstoß im Rücken getroffen werden könnte, während er mit den erlauchten Bundesgenossen um die Zukunft der Welt verhandelt. Bei dieser Lage der Dinge läßt sich über das Ergebnis der Verhandlungen, die in wenigen Tagen an der Reviera beginnen sollen, etwas Sicheres nicht voraussagen.

Auf dem Wege zum Frieden.

Neujahrsempfang beim Reichspräsidenten.

Zum ersten Male seit dem Kriege hat in Berlin wieder ein offizieller Neujahrsempfang politischen Charakters stattgefunden. Der Reichspräsident Ebert empfing die Chefs aller fremden diplomatischen Vertretungen in Berlin, wobei der apostolische Nuntius, Monsignore Pacelli, als Wortführer des diplomatischen Korps eine Ansprache hielt. Er nannte diese Zusammenkunft ein glückliches Ereignis, ein Sinnbild der fortschreitenden Rückkehr der Menschheit zum Ideal der Brüderlichkeit und des Friedens zwischen den Völkern.

„Möge die göttliche Vorsehung", so sagte er u. a., „welche die Menschen zu edlem Streben anspornt und sie leitet, ihnen trotz der Verschiedenheit der Stämme und der Staaten ermöglichen, in diesem Jahre die

wirkliche und dauerhafte Versöhnung

der Völker zu vollenden, die von allen Aufrichtigen ersehnt wird und sich auf der Achtung des Rechtes auf der fruchtbaren und friedlichen Arbeit und auf den ewigen Gesetzen der Gerechtigkeit und der Wahrheit gründet. Von diesen Gefühlen durchdrungen, bringen wir Ihnen heute, Herr Präsident, inmitten der schwierigen Aufgaben der Gegenwart, unsere Huldigung und gleichzeitig unsere Glückwünsche für Sie selbst und für das deutsche Volk dar."

Der Reichspräsident dankte dann dem Nuntius für seine Glückwünsche. Auch er betrachte diesen Besuch der Vertreter der fremden Mächte als das Symbol einer allmählichen Rückkehr der Menschheit zum Frieden. Weiterhin erklärte der Reichspräsident:

„Das deutsche Volk wünscht für sich nichts anderes als in friedlicher Arbeit neben den übrigen Völkern sein nationales Dasein wiederaufzubauen. Es gibt sich der Hoffnung hin, daß im kommenden Jahr die Erkenntnis der Weltnotwendigkeiten weiter wächst und daß in dieser Erkenntnis jede Nation sich bemühen wird, durch

fruchtbare Zusammenarbeit mit allen übrigen Völkern

der Menschheit den wahren und aufrichtigen Frieden zu geben. Mit dieser großen Hoffnung im Herzen und durchdrungen von dem Bewußtsein, daß ihre Erfüllung Gebot ist, bitte ich Sie, auch meine Glückwünsche für das Gedeihen der von Ihnen vertretenen Regierungen und Völker entgegenzunehmen."

Bei dem Empfang waren der Reichskanzler Dr. Wirth und die beiden Staatssekretäre des Auswärtigen Amtes von Haniel und von Simson zugegen. Im Anschluß daran sprachen die Mitglieder der Reichsregierung, der Reichskanzler, die Reichsminister und die Staatssekretäre, ferner die Präsidenten des Reichstages und des Preußischen Staatsministeriums, Vertreter des Reichsrats und der Wehrmacht dem Reichspräsidenten ihre Glückwünsche aus.

Die Einigung mit den Eisenbahnern.

Nachwehen des Streiks.

Obwohl die Verhandlungen zwischen dem Verkehrsminister und den Spitzenorganisationen der Eisenbahner bereits am Silvesterabend zu einer vollständigen Einigung geführt hatten, ist das tatsächliche Ende des Streiks doch noch stark verzögert und durch einzelne Teilaktionen und Zwischenfälle erschwert worden. Der Hauptinhalt der Vereinbarungen ist folgender:

An Stelle des bisherigen Ortsklassenverzeichnisses des Lohntarifvertrages tritt das vom Reichstag beschlossene Ortsklassenverzeichnis für Reichsbeamte. Für die Arbeiter der Bahnmeistereien wird der Lohn nach der Ortsklasse des Ortes festgesetzt, in dessen Gemeindebezirk der Rottenführer ständig oder überwiegend tätig ist. In allen Orten, in denen bisher in dem Lohntarifvertrag Überteuerungsvorschüsse vereinbart waren, werden diese mit Wirkung vom 1. Oktober 1921 vorläufig um 1 Mark in der Stunde erhöht. Auf den Gesamtbetrag des Überteuerungszuschusses wird der Unterschiedsbetrag angerechnet, der sich aus der Höherstufung durch die Übernahme des Beamtenortsklassenverzeichnisses ergibt. Diese Überteuerungszuschüsse gelten als Vorschuß auf die endgültig festzusetzenden Löhne und Überteuerungszuschüsse. Im besetzten Gebiet wird vorläufig mit Wirkung vom 1. Oktober 1921 an ein Überteuerungszuschuß in Höhe von 1 Mark in der Stunde gewährt.

Es wird festgestellt, daß die allgemeinen Verhandlungen über Gehalts- und Lohnbewegungen am Donnerstag den 5. Januar im Reichsfinanzamt beginnen. Streiktage werden nicht bezahlt. Maßregelungen wegen Arbeitsniederlegung finden nicht statt. Vorbehalten bleibt die Verfolgung von Gewalttätigkeiten gegen Verwaltung und Verkehr. Ausführungsvereinbarungen werden zwischen den vertragschließenden Parteien unmittelbar nachfolgen. Die vertragschließenden Vereinigungen verpflichten sich mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln auf die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit hinzuwirken.

Die erwähnten Ausführungsbestimmungen wurden am Montag in Berlin weiter besprochen. Jedoch sollte vom Ausgang dieser Verhandlungen keineswegs die Wiederaufnahme der Arbeit abhängig gemacht werden, die sofort zu erfolgen hatte. Leider ist das nicht geschehen, so daß am Neujahrstage der Berliner Ortsverkehr noch starke Einschränkungen aufwies. Außerdem ist es im Breslauer Bezirk zu einer neuen Teilstreikaktion unter radikaler Führung gekommen. Dagegen konnte der Berliner Personen-Fernverkehr fast durchweg bewältigt werden. Der Güterverkehr ruhte vollständig bis auf einige Milch- und geschlossene Kohlenzüge, die aus den Bezirken einlaufen.

Im besetzten Gebiet

wurde der Streik durch das Eingreifen der Besatzungsbehörden rasch beigelegt. Von der Interalliierten Rheinlandkommission ist der Befehl ergangen, daß das gesamte Personal der Eisenbahndirektionen Köln und Elberfeld durch die Besatzungsbehörden requiriert wird. Der gesamte Personen- und Güterverkehr sei sofort in vollem Umfange wieder aufzunehmen. Das Personal wird der Interalliierten Feldeisenbahnkommission, Unterabteilung Köln, unterstellt. Auch die Kohlenzüge für die Entente wurden gefahren. Wie schwer die Schädigungen des kurz f. Streiks jedoch gewesen sind, geht u. a. aus der Meldung hervor, daß die Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik in Düsseldorf infolge Kohlenmangels, der durch den Eisenbahnerstreik verschärft worden ist, den größten Teil ihres Betriebes stillegen mußte.

Was wir alles zahlen sollen!

Außer den Reparationsverpflichtungen!

Die Erörterung der Deutschland durch den Vertrag von Versailles aufgebürdeten finanziellen Verpflichtungen pflegt sich im allgemeinen auf die Reparationslasten zu beschränken. Es wird meistens vergessen, daß zu den Reparationszahlungen, den bekannten 132 Milliarden Goldmark, noch ganz beträchtliche Zahlungen aus anderen Titeln des Vertrages hinzukommen. Abgesehen von den fortlaufenden Zahlungsverpflichtungen, die sich für das Reich aus dem Ausgleichsverfahren ergeben, kommen in erster Linie die Schadensersatzsummen in Betracht, die dem Reiche für die während des Krieges gegen das feindliche Privateigentum in Deutschland getroffenen Maßnahmen abverlangt und von den verschiedenen gemischten Schiedsgerichtshöfen festgesetzt werden. Die bei diesen Schiedsgerichtshöfen eingeklagten Summen gehen schon jetzt nicht etwa in die Millionen, sondern weit in die Milliarden. Dazu kommen aber neuerdings noch die von verschiedenen alliierten Ländern auf Grund einer besonderen Bestimmung des Vertrages von Versailles erhobenen Schadenersatzforderungen für solche deutschen Maßnahmen, die in der Zeit zwischen dem 31. Juli 1914 und dem Tage des Eintretens dieser Länder in den Krieg getroffen worden sind. Es handelt sich dabei um die Länder, die in den Weltkrieg erst später eingetreten sind. Um einen Begriff von der Höhe dieser Ansprüche zu geben, mag nur erwähnt werden, daß z. B. Portugal für diese Zeit einen Schadenersatz in Höhe von nicht weniger als rund 3¼ Milliarde Goldmark fordert.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Depeschenwechsel Wien—Berlin.

Zwischen dem Reichspräsidenten Ebert und dem österreichischen Bundespräsidenten Hainisch hat beim Jahreswechsel ein Telegrammaustausch stattgefunden, der von den Gefühlen der Stammverwandtschaft beider Völker getragen, dem Wunsche Ausdruck gibt, in zäher Arbeit das Staatswesen wieder auf- und auszubauen, damit, wie es in der Depesche des Präsidenten Ebert heißt, die beiden schwergeprüften Völker gemeinsam und voll Zuversicht den Weg gehen können, der ihnen eine bessere Zukunft verbürgt.

Gegen polnische Übergriffe.

In Oberschlesien ist eine Kommission des Botschafterrates eingetroffen, die sich aus drei Ententeoffizieren zusammensetzt und die Übergriffe untersuchen soll, die bei der Liquidierung des Aufstandes von polnischen Militärfunktionären begangen worden sind. Diese werden beschuldigt, unberechtigte Verhaftungen vorgenommen, Personen in Untersuchungshaft gehalten, Aussagen erzwungen zu haben usw. Die polnische Regierung gab zu dieser Untersuchung ihre Zustimmung unter der Bedingung, daß diese Angelegenheit die Hoheitsrechte Polens in keiner Weise berühren darf, soweit es sich um aus Oberschlesien stammende Personen handele.

Frankreich.

× **Ein Schildbürgerstreich.** Der französische Senat und die Kammer haben nach einer langen Nachtsitzung am Neujahrsvormittag gegen 10 Uhr das Budget für 1922 endgültig angenommen. Da nach der Verfassung die Abstimmung vor Mitternacht des 31. Dezember beendet sein muß, ließ der Präsident die offiziellen Saaluhren einfach anhalten, die dann bis zur letzten Sekunde 11,45 nachts anzeigten. — Wenn diese Geschichte vielleicht nicht ganz wahr sein sollte, so wäre sie doch recht bezeichnend, und das ist auch etwas wert.

Jugoslavien.

× **Der Zwischenfall von Sebenico.** Der italienische Konsul legte dem Statthalter von Dalmatien folgende italienischen Forderungen vor: Die Zivilbehörden sprechen der italienischen Regierung ihr Bedauern über die Ereignisse in Sebenico aus. Alle Schuldigen werden streng bestraft. Die jugoslawischen Truppen leisten der italienischen Fahne die Ehrenbezeugung und die jugoslawische Regierung spricht öffentlich ihr Bedauern aus. Diese Forderungen wurden von der Regierung abgelehnt.

Tschecho-Slowakei.

× **Die Deutschen in Böhmen.** Der Präsident der Tschechoslowakei hielt beim Neujahrsempfang eine Rede, in der er u. a. über die deutsch-tschechische Frage sagte: Über territoriale Autonomie einzelner Landesteile kann und wird nicht verhandelt werden. Das läßt auch die unvorteilhafte Verteilung der Minderheiten nicht zu. Unseren deutschen Landsleuten gebührt Anteil in der Verwaltung und in der Regierung; das versteht sich in einer Demokratie von selbst. Diese Mitwirkung setzt allerdings eine loyale Anerkennung des Staates voraus.

Rußland.

× **Einführung der zweijährigen Militärdienstzeit.** Die Sowjetregierung veröffentlichte ein Dekret, durch welches eine zweijährige Dienstpflicht in der Roten Armee eingeführt wird, die mit dem 18. Lebensjahre beginnt. Die Mannschaften werden bis zu ihrem 40. Jahr der Reservearmee eingereiht. — Trotzki erklärte über den Offiziersbestand der Roten Armee, 80 Prozent der Kommandanten seien Arbeiter und Bauern, die während der Sowjetmacht eine hochqualifizierte militärische und strategische Ausbildung erhalten haben und den Kern der Roten Armee bilden. Diese roten Offiziere haben die harte Schule des Bürgerkrieges mitgemacht. Im übrigen sind die Kommandanten unter den alten Offizieren geworben worden.

Aus In- und Ausland.

Detmold. Die Gemeindewahlen im Freistaate Lippe vollzogen sich in vollkommener Ruhe und unter großer Wahlbeteiligung. Die bisher vorliegenden Ergebnisse zeigen einen starken Stimmenrückgang der sozialistischen Parteien und ebenso der kommunistischen Partei.

Cork (Irland). Die Sinnfeiner-Regierung hat die Auswanderung nach Amerika verboten.

Madrid. Die spanische Regierung hat sämtliche noch bestehenden Handelsabkommen mit Rücksicht auf das bevorstehende Inkrafttreten des neuen Zolltarifs gekündigt. Sie will ferner die bisher an das Haus Rothschild verpachteten Quecksilberminen künftig in eigene Regie nehmen.

Konstantinopel. Nach der vollständigen Räumung Ciliciens durch die französischen Truppen geht die Verwaltung des Landes jetzt auf die Türken über. Der Abtransport der christlichen Auswanderer aus Cilicien ist fast völlig beendet.

Washington. Der deutsche Geschäftsträger Lang hat sein Beglaubigungsschreiben überreicht und ist vom Staatssekretär Hughes empfangen worden.

Deutsche Studentenhilfe.

Fünf Millionen gestiftet, weiteres in Aussicht.

Zur Förderung des Studiums begabter Söhne minderbemittelter Eltern hat der Bankier Hugo J. Herzfeld in Berlin dem Reichspräsidenten einen Betrag von zunächst fünf Millionen Mark mit der Zusicherung zur Verfügung gestellt, auch in den kommenden Jahren weitere größere Summen zu demselben Zweck zu überweisen.

Der Reichspräsident hat diese Stiftung gern entgegengenommen und bestimmt, daß die überwiesenen und künftig noch eingehenden Beträge unter dem Namen „Deutsche Studentenhilfe" (Hugo J. Herzfeld-Stiftung) dazu verwandt werden sollen, begabten Söhnen minderbemittelter reichsdeutscher Eltern aus allen Teilen Deutschlands, insbesondere begabten Söhnen von Arbeitern, Angestellten, Beamten, früheren und jetzigen Unteroffizieren und Offizieren, ohne Unterschied der Konfession und Partei das Studium an deutschen Hochschulen zu ermöglichen.

Zur Verwaltung und Beaufsichtigung der Stiftung wird der Reichspräsident ein Kuratorium berufen, das unter seinem Vorsitz im allgemeinen und im einzelnen über die Verwendung der Summen Entscheidung treffen wird. Die Zusammensetzung des Kuratoriums, die Bedingungen für die Bewerbung und die Stelle, wohin Bewerbungen zu richten sind, werden besonders bekanntgegeben.

Marksturz und Außenhandel.

Berlin, Anfang Januar.

Eine Beobachtung der Handelsstatistik der letzten Monate läßt deutlich erkennen, was der vor einiger Zeit eingetretene letzte große Sturz der Mark, von dem sich unsere Valuta nur unter vielen Schwankungen wieder etwas erholt hat, für den deutschen Außenhandel zu bedeuten hat. Das geht zunächst daraus hervor, daß die Gesamtausfuhr der sieben Monate vom Mai bis November 1921 einen Wert von 52 Milliarden Papiermark hatte. Davon entfallen auf Oktober und November 21,6 Milliarden Mark, also über zwei Fünftel. Bei der Einfuhr sind die Verhältniszahlen ähnlich gegliedert. Die Einfuhr in den sieben Berichtsmonaten erreichte einen Wert von 65,7 Milliarden Mark, an dem die Monate Oktober und November mit 26,3 Milliarden Mark beteiligt waren. Ein Unterschied besteht nun darin, daß die Einfuhr im Oktober höher war als im November, während im November die Einfuhr zurückgegangen und die Ausfuhr gestiegen war.

Die Verschiebungen erklären sich dadurch, daß Ende Oktober der erhöhte Goldzoll in Kraft trat, was Veranlassung gab, zu den niedrigen Zollsätzen soviel Rohstoffe hereinzunehmen, als es der Devisenmarkt und die Zahlungsfähigkeit der Unternehmer erlaubten. Sehr wahrscheinlich ist indessen, daß die Einfuhr künftig, d. h. für die Dauer des hohen Goldzolles, die Oktoberziffer nicht mehr erreichen wird. Sie betrug 30 Millionen Doppelzentner im Werte von 14 Milliarden Mark.

Auf die Vorkriegszeit umgerechnet, sind das nur verhältnismäßig geringe Werte und Mengen. Dies gilt auch für die Ausfuhr. Trotzdem hat diese Ausfuhr, die unter dem Druck des Markkurses stand, im Auslande gewisse Folgen hervorgerufen, die die ausländischen Interessenkreise zum Teil veranlaßte, nach Schutzzöllen gegen die Ausfuhr aus valutaschwachen Ländern zu rufen. Das zeigt vor allem, daß das Währungsproblem international ist und einseitig nicht gelöst werden kann.

Schlußdienst.

Drahtnachrichten vom 3. Januar.

Die trostlose Lage der Hochseefischereiflotte.

DA. **Hamburg.** Infolge des gänzlichen Ausbleibens der Bunkerkohle ist die Lage in der Hochseefischerei als geradezu trostlos zu bezeichnen. Fast die gesamte Hochseefischdampferflotte von Hamburg, Altona, Cuxhaven ist aufgelegt worden. Unglücklicherweise ist durch den noch immer anhaltenden Sturm auch die ganze Boots- und Segelfischerei zum Stillegen gezwungen.

Die neue Handelsflagge.

Hamburg. Der Wechsel der Handelsflagge hat sich im Hamburger Hafen in aller Ruhe vollzogen. Die mit der Frühflut am Sonntagmorgen in See gegangenen deutschen Schiffe verließen den Hafen mit der neuen Handelsflagge am Heck. Die einkommenden Schiffe werden bei der Ankunft sofort mit der neuen Flagge versehen.

350 Schafe verbrannt.

Potsdam. Auf dem Rittergut Bornim brach ein großes Schadenfeuer aus. Der Schafstall brannte vollständig nieder, und 350 wertvolle Schafe fanden in den Flammen den Erstickungstod. Da ringsum kein Wasser zu haben war, konnte die freiwillige Feuerwehr fast nichts ausrichten. Die Ermittlungen haben Brandstiftung ergeben.

Österreichische Wirtschaftsverträge

Wien. Die österreichische Regierung wird in planmäßiger Verfolgung ihrer wirtschaftspolitischen Absicht dem am 16. Dezember mit der Tschechoslowakei abgeschlossenen Vertrag ähnliche Wirtschaftsabkommen mit anderen Staaten folgen lassen. Bundeskanzler Schober strebt diese Verträge vor allem an, um die wirtschaftliche Konsolidierung Mitteleuropas, soweit Österreich mitwirken kann, zu beschleunigen.

Ungarn ohne Staatshaushalt.

Wien. Das ungarische Parlament hat das Budget nicht bis zum Jahresende bewilligt, infolgedessen ist der sogenannte „gesetzlose Zustand" eingetreten. Die Regierung ist nicht in der Lage, die laufenden Ausgaben zu bezahlen, während andererseits die Steuerzahler zu keinen Leistungen verpflichtet sind. Es wird erwartet, daß im Laufe des Monats Januar das Budget vom Nationalrat bewilligt wird.

Auswanderung aus dem Hultschiner Ländchen.

Prag. In dem der Tschechoslowakei zugefallenen Hultschiner Gebiete ist eine bemerkenswerte Auswanderung der einheimischen Bevölkerung nach Deutschland zu beobachten. Zu den Auswanderern zählen nicht nur begüterte Deutsche, die ihren Besitz verkaufen, sondern insbesondere Bergleute nicht deutscher Nationalität.

Deutschland und Holland.

Rotterdam. Hier wurde eine niederländisch-deutsche Vereinigung gebildet, welche sich die Aufgabe stellt, die Beziehungen zwischen Holland und Deutschland zu fördern. Dem Verein trat sofort eine ansehnliche Zahl Mitglieder bei. Deutsche Gelehrte sollen ersucht werden, noch in diesem Winter Vorlesungen über wissenschaftliche und Handelsprobleme in Holland zu halten.

Reicher Fischfang.

Kopenhagen. Der starke Weststurm hat gewaltige Fischschwärme an die Küste von Skagen getrieben. Sowohl dänische wie schwedische Fischerboote hatten in den letzten Tagen den größten Fangertrag des Jahres 1921 zu verzeichnen.

SLUB
Wir führen Wissen.